

N i e d e r s c h r i f t

der 38. Sitzung des Hauptausschusses am 23.04.2003

ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 16:10 Uhr bis 17:25 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ingrid Häußler	OB	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Frau Ute Haupt	PDS	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Knut Lehmann	SPD	
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS	
Herr Klaus Müller	PDS	
Herr Frank Sängler	CDU	
Herr Friedemann Scholze	FDP	ab 17.45
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UBF	
Frau Prof. Dorothea Vent	HAL	ab 16.45
Herr Mathias Weiland	HAL	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Eberhard Doege		
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt		
Frau Dagmar Szabados		
Herr Ralf Borries		
Frau Ria Steppan		
Frau Jane Unger		
Frau Annemarie Kraft		

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	Vertreten durch Herrn Ingo Kautz
Frau Hanna Haupt	SPD	Vertreten durch Herrn Tilo Biesecke
Frau Marion Krischok	PDS	Vertreten durch Frau Heidrun Tannenberg
Herr Dieter Funke		
Herr Rainer Tepasse		

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Die 38. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von der Vorsitzenden des Hauptausschusses, Frau Oberbürgermeisterin Ingrid **H ä u ß l e r**. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Die Vorsitzende des Hauptausschusses stellte fest, dass nachfolgende Punkte **von der Tagesordnung** zu nehmen seien, da es bei den Vorlagen in den Fachausschüssen zu keinen unterschiedlichen Voten gekommen sei bzw. die Vorlagen erst im kommenden Monat behandelt werden: **4.1, 4.2, 4.4 bis 4.9**.

Die Vorlage zur Thematik Straßenausbaubeiträge stehe nicht auf der Tagesordnung. Der Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten habe sich für nicht zuständig erklärt, im Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung sei dazu diskutiert worden, ein Änderungsvorschlag formuliert, aber nicht abgestimmt worden. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben berate morgen erneut zu dieser Vorlage. Sie bat um Vorschläge zur Verfahrensweise.

Nach Meinungsaustausch fasste Frau Oberbürgermeisterin Häußler zusammen, wenn der Stadtrat die Absicht habe, einen Verzicht auf Beiträge festzulegen, dann müsse er dies beschließen. Sie schlage vor, gegebenenfalls vor der Stadtratstagung den Hauptausschuss noch einmal kurz zu einer abschließenden Meinung in dieser Angelegenheit einzuberufen. In der heutigen Sitzung werde die Thematik nicht auf die Tagesordnung genommen.

Sie kündigte für den nichtöffentlichen Teil der Beratung, unter dem Punkt Mitteilungen Ausführungen zum Projekt TGZ 3 an.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Die Mitglieder des Hauptausschusses bestätigten ohne förmliche Abstimmung folgende
T a g e s o r d n u n g:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.03.2003**
- 4 Vorlagen**
 - 4.3 Neubau eines Sport- und Freizeitzentrums**
Vorlage: III/2003/03143
 - 4.10 Neubau Voßstraße – Gestaltungsbeschluss**
Vorlage: III/2002/02952
 - 4.11 Satzung zur Änderung der Hauptsatzung**
Vorlage: III/2003/03232
- 5 Beantwortung von Anfragen**
- 6 Mitteilungen**

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Protokoll:

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 37. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 19.03.2003.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 37. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 19.03.2003 in der vorliegenden Form

zu 4 Vorlagen

zu 4.3 Neubau eines Sport- und Freizeitzentrums

Vorlage: III/2003/03143

Protokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** verwies auf eine Ergänzung zur Vorlage, die über die vom Planungsausschuss geforderte Prüfung von weiteren Standortmöglichkeiten Auskunft gebe.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, meinte, bei realistischer Betrachtung komme nur der Standort Hufeisensee in Frage; deshalb sollte man der unveränderten Vorlage zustimmen.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, fragte, was die Stadt machen wolle, wenn sie keinen privaten Betreiber für den Bau finde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** warf ein, dass sich schon bedeutende Bauunternehmen angeboten hätten.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, appellierte an alle Fraktionen, Position zu beziehen und hinter den Gedanken Olympia und Fußballweltmeisterschaft zu stehen.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, meinte, diese Frage sollte von der Olympiaentscheidung völlig entkoppelt werden. Nach seiner Meinung sei ein solches Stadion in Halle hier und heute eine wirtschaftliche Luftnummer. Man wolle für etwas Geld ausgeben, bei dem heute die wirtschaftliche Vernunft sagen müsse, dass es nicht geht. Er werde das Vorhaben nicht befürworten.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass der Stadtrat nicht nur den Auftrag erteile, eine Untersuchung des Standortes vorzunehmen, sondern dass er laut Beschlusspunkt 1 dem Neubau eines Sport- und Freizeitzentrum grundsätzlich zustimmen solle. Für ihn stelle sich, unabhängig von Olympia oder Fußballweltmeisterschaft, die Frage, wie der Betrieb der Anlage aussehe und wer die Kosten übernehme. Er werde der Vorlage nicht zustimmen.

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, fragte, was mit dem Kurt-Wabbel-Stadion geschehen soll. Eine Entscheidung zu diesem Objekt in Zentrumsnähe sei wichtig.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, man erwarte, dass alle Fragen, die in einer Machbarkeitsstudie zu klären seien, schon vorher beantwortet werden können. Wenn diese Studie ergäbe, dass die Finanzierung nicht gesichert werden könne, wenn der Stadtrat nicht einverstanden sei, was mit dem Kurt-Wabbel-Stadion geschehen soll, dann könne das Neubaufvorhaben nicht umgesetzt werden. Die Stadt könne keine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben, wenn der Stadtrat nicht den Beschluss dazu fasse. Also müsse man erst einmal grundsätzlich sagen, dass ein Neubau für die Stadt interessant wäre, aber untersucht werden müsse, ob es machbar sei.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, befürwortete das Vorhaben. Es gehe nicht nur um Olympia und um die Fußballweltmeisterschaft, es gehe auch um eine nachhaltige Entwicklung des halleschen Sports.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, betonte, dass ein solcher Neubau für die Entwicklung des Sports in der Stadt zwingend notwendig sei. Er bitte jedoch, bei den Ausschreibungen nicht zu "kleckern" – wie bei der Leichtathletikhalle -, sondern zu "klotzen" und ein Konzept zu erstellen, das den Anforderungen umfassend gerecht wird. Allerdings schlage er vor, im Beschlusspunkt 1 (grundsätzlich) eine neue Formulierung zu finden, die z.B. aussage, dass man zustimme unter den Bedingungen der Punkte 2, 3, 4 usw.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, verwies, darauf dass der Stadtrat in dieser Wahlperiode die Verwaltung per Beschluss aufgefordert habe, bevor Objekte in die Planung eintreten, einen Grundsatzbeschluss dazu zu fassen. Genau daran halte sich die Verwaltung jetzt.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, machte folgenden Formulierungsvorschlag: Der Stadtrat befürwortet den Neubau eines Sport- und Freizeitzentrums und beauftragt die Verwaltung zur Durchführung nachfolgender Schritte im Sinne einer Machbarkeitsstudie; dann sollten die folgenden Punkte unter einem Anstrich aufgeführt werden.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, betonte, das IOC erwarte nicht bloß verbale Aussagen, sondern Spatenstiche. Wenn die Stadt Halle überhaupt eine Chance haben wolle, im Boot zu bleiben, dann benötige es auch Mut zu Entscheidungen.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, forderte eine schnelle Beschlussfassung. Bei der Landesregierung stünden die Förderungen für Magdeburg und Halle an, und momentan stünden alle Weichen für Halle.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, äußerte, die Sorge sei, dass man jetzt etwas baue und es die Stadt nachher betreiben und erhalten solle. Wenn man diese Fragen und Bedenken ernsthaft prüfe, sei das in Ordnung.

Herr **Prof. Schuh** wies auf die Risiken des Projekts hin, das seiner Meinung nach wirtschaftlich unrentabel und bei der gegenwärtigen Haushaltslage nicht sinnvoll sei. Er schlage für einen Grundsatzbeschluss folgende Formulierung vor: Die Stadt stimmt einer Machbarkeitsstudie zu.

Herr **Doege** wies darauf hin, dass die Formulierung in Punkt 4 geändert werden müsse. Man könne allenfalls eine Ausschreibung vorbereiten.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** schlug vor zu formulieren: ...**vorzubereiten**.

Herr **Prof. Schuh** stellte folgenden **Änderungsantrag** zur Formulierung des Punktes 1: **Der Stadtrat stimmt der Beauftragung einer Machbarkeitsstudie für den Neubau eines Sport- und Freizeitzentrums zu.** Die Punkte 4 und 5 sollten gestrichen werden.

Herr **Lehmann** stellte den **Änderungsantrag**, in Punkt 1 zu formulieren: **Der Stadtrat befürwortet den Neubau eines Sport- und Freizeitzentrums und beauftragt die Verwaltung zur Durchführung nachfolgender Schritte im Sinne der Machbarkeitsstudie.**

Herr **Müller**, PDS-Fraktion, warf ein, dass die Verwaltung den Formulierungsvorschlag von Herrn Doege übernehmen könne.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** fasste zusammen, dass die Verwaltung so verfahren werde. Es stehe damit noch der Änderungsantrag von Herrn Prof. Schuh zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung zum Änderungsantrag Prof. Schuh: bei 3 Ja-Stimmen
mehrheitlich **a b g e l e h n t**

Abstimmung zur Vorlage in modifizierter Form: mehrheitlich **z u g e s t i m m t**
bei 2 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat befürwortet den Neubau eines Sport- und Freizeitzentrums und beauftragt die Verwaltung zur Durchführung nachfolgender Schritte im Sinne der Machbarkeitsstudie:
 - a) Vorprüfung des Vorzugsstandorts Hufeisensee;
 - b) Einbringung einer Entscheidungsvorlage zum Standort;
 - c) Vorbereitung eines Investitionswettbewerbs für ein Finanzierungs- und Betreiberkonzept.
 2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Fördermittelantrag zum Neubau eines Sport- und Freizeitzentrums an das Land Sachsen-Anhalt vorzubereiten.
-

zu 4.10 Neubau Voßstraße - Gestaltungsbeschluss

Vorlage: III/2002/02952

Protokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte, dass der Planungsausschuss der Vorlage zugestimmt und der Vergabeausschuss abgelehnt habe.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, ging auf die Bürgerversammlung am 14. März ein. Herr Doege sei zitiert worden, dass die Anlieger keine Straßenausbaubeiträge zahlen müssten.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, erläuterte, er sei gefragt worden, ob für die Anlieger der derzeitigen (alten) Voßstraße Straßenausbaubeiträge anfallen würden. Dies sei von der Verwaltung verneint worden.

Herr **Dr. Meerheim** ging auf die Vorlage, Seite 5, ein und bemängelte die dortige Formulierung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Gestaltung der Voßstraße wird als Grundlage der weiteren Planung bestätigt.**
 - 2. Das Baurecht ist über ein Planfeststellungsverfahren zu schaffen.**
 - 3. Die Straßenbaumaßnahme Voßstraße ist in ihrer Gesamtheit nach Kommunalabgabengesetz Sachsen-Anhalt ausbaubeitragspflichtig.**
-

zu 4.11 **Satzung zur Änderung der Hauptsatzung** Vorlage: III/2003/03232

Protokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** wies auf ein Austauschblatt zur Vorlage hin.

Herr **Borries**, Leiter Fachbereich Recht, erläuterte die mit dem Regierungspräsidium abgestimmten Änderungen (Satzung ZGM – 6 Stadträte). Die Änderung der Eigenbetriebssatzung ZGM werde dem Stadtrat im Mai 2003 vorgelegt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die anliegende Satzung vom 30.04.2003 zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) vom 19.09.2001

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

Aufgrund der §§ 6, 7 und 44 Abs. 3 Nr.1 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO-LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), zuletzt geändert durch Art. 6 des Haushaltssanierungsgesetzes 2003 vom 26.02.2003 (GVBl. LSA S. 22), hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 30. April 2003 folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung 19.09.2001 beschlossen:

I. In § 5 Abs. 4 wird vor „ Entsprechend § 46 BauGB wird ein Umlegungsausschuss gebildet.“ folgende Ziffer 5. eingefügt:

5. Betriebsausschuss des Eigenbetriebes für zentrales Gebäudemanagement der Stadt Halle (Saale) mit dem Oberbürgermeister oder einem von ihm namentlich benannten Vertreter als Vorsitzenden und 6 Stadträten sowie zwei beim Eigenbetrieb beschäftigten Personen.

II. In § 6 Abs. 1 wird am Ende von Ziffer 5 eingefügt:

sowie von sonstigen Leistungen analog der VOF bis 15.000,- Euro

III. In § 6 Abs. 5 Ziff.1 werden am Ende die Worte „500.000,- Euro nicht überschreitet“ gestrichen und neu eingefügt „200.000,- Euro sowie bei sonstigen Leistungen analog der VOF einen Betrag von 15.000,- Euro bis 200.000,- Euro nicht überschreitet.

IV. § 9 Abs.1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Die Stadt Halle hat fünf Beigeordnete.

V. Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

zu 5 **Beantwortung von Anfragen**

Protokoll:

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, fragte nach dem Verfahren zu einer Einladung (Runder Tisch), die durch den Planungsausschuss ergangen sei und von deren Abänderung sie kurzfristig erfahren habe.

Mitglieder des Hauptausschusses legten ihre Erfahrungen dar. Seitens der Verwaltung wurde bedauert und gebeten, dies im Planungsausschuss noch einmal auszuwerten.

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, fragte, mit wie vielen Beigeordneten zur kommenden Stadtratstagung (Haushaltsdebatte) gerechnet werden könne.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte, dass Frau Bürgermeisterin Szabados Urlaub habe. Bei der Urlaubsplanung habe man nicht davon ausgehen können, dass der Haushalt erst im April zur Entscheidung anstehe.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

zu 6 **Mitteilungen**

Protokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte über einen Arbeitsbesuch des Landesbau- und Verkehrsministers Dr. Daehre in Halle. Besprochen worden seien die Themen Stadtumbau und Entwicklung der Infrastruktur (Straßenbau) im Hinblick auf die Olympiaentscheidung.

Weiterhin gab sie Informationen zum Ablauf der Veranstaltungen am 12. Mai 2003, dem 70. Jahrestag der Bücherverbrennung.

Die Vorsitzende des Hauptausschusses beendete die 38. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
und Vorsitzende des Hauptausschusses

Kraft
Protokollführerin

Protokollantin: Panian

